

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**  
**Umdruck 17/3057**

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König, Christa Matschl, Alexander Radwan, Dr. Franz Rieger, Alfred Sauter, Eberhard Sinner** CSU,

**Thomas Dechant** FDP

Drs. 16/10165, 16/10173

**Subsidiarität – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020) – KOM(2011) 608 endg. (BR-Drs. 599/11)**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats zum „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020)“ (BR-Drs. 599/11) auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner gebeten darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in die Stellungnahme des Bundesrats finden.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/10163, 16/10175

**Subsidiarität – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020) – KOM(2011) 608 endg. (BR-Drs. 599/11)**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats zum Vorschlag KOM (2011) 608 endg. „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020)“ auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner gebeten darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in die Stellungnahme des Bundesrats finden.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König, Christa Matschl, Alexander Radwan, Dr. Franz Rieger, Alfred Sauter, Eberhard Sinner** CSU,

**Thomas Dechant** FDP

**Subsidiarität – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020) – KOM(2011) 608 endg. (BR-Drs. 599/11)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats zum „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020)“ (BR-Drs. 599/11) auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner gebeten darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in die Stellungnahme des Bundesrats finden.

## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher SPD**

**Subsidiarität – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020) – KOM(2011) 608 endg. (BR-Drs. 599/11)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats zum Vorschlag KOM (2011) 608 endg. „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 - 2020)“ auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner gebeten darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in die Stellungnahme des Bundesrats finden.

### **Begründung:**

Die geplante Fortführung der krisenbedingten Ausnahmenvorschrift auch in der Förderperiode 2014 - 2020 verstetigt die Anwendung des EGF in Fällen krisenbedingter Entlassungen und berührt damit die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Arbeitsmarktpolitik.

Nationale Arbeitsmarktpolitik kann aber von den Mitgliedstaaten erfolgreicher betrieben werden, da jeder Mitgliedsstaat seine eigenen spezifischen Gegebenheiten im Arbeitsmarkt hat, weshalb eine Expertise der Mitgliedstaaten mit den spezifischen Gegebenheiten des eigenen Arbeitsmarktes gefragt ist. Eine EU-weite Regelung kann dies nicht effektiver oder erfolgreicher leisten, weshalb ein europäischer Mehrwert für eine Delegation dieser nationalstaatlichen Befugnisse auf Dauer nicht erkennbar wird. Eine gemeinschaftliche europäische Regelung kann aus Sicht der Antragsteller spezifischen nationalstaatlicher Begebenheiten weder besser noch auf gleichem Niveau gerecht werden und somit wird es auch problematisch zu glauben, dass die gesetzten Ziele auf Unionsebene effektiver zu erreichen sind.

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 wurde u.a. eine befristete Ausdehnung des Anwendungsgebiets auf krisenbedingte Entlassungen bewirkt, die für den Freistaat Bayern vorteilhaft sein könnten. Eine Verstetigung dieses Tatbestands kann aber die handelnden politischen Akteure nicht davon entbinden, belastbare Vereinbarungen hinsichtlich des Umgangs mit Gefahren und Auswirkungen aus Globalisierungsprozessen zu treffen.